

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 4

52. Jahrgang

April 1998

*Nein, diese Wahl ist zu wichtig, als daß
Politiker unverfroren an den Bürgern vorbei
kämpfen dürften.*

Roger de Weck

Kirchen im Wahlkampf

Spätestens mit der Landtagswahl in Niedersachsen hat die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes begonnen. Wie „amerikanisch“ er letztlich auch ausfallen mag, in den nächsten Monaten dominiert der Wahlkampf das öffentliche Leben. Jede Äußerung zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hat nun ihren festen Platz in einem bestimmten „Lager“ oder einer „Strategie“. Auch die Kirchen können sich dem nicht entziehen. Sie wollen es auch nicht. Mit ihrem „sozialen Aschermittwoch“, im Herzen des Ruhrgebietes, hatten sie so etwas wie ihren eigenen Wahlkampfauftakt.

Den Anlaß für den Duisburger Termin der Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD, bestimmte allerdings nicht der Wahlkalender, sondern der Jahrestag der Veröffentlichung des *Gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland*. Eine Zwischenbilanz über Rezeption und bisherige Wirkung wollten die Kirchen ziehen. Sie stellten dabei fest: Weder die Analyse noch die sozialetischen Forderungen und Impulse des Wortes hätten an Aktualität und Brisanz verloren. Im Gegenteil. In einer gemeinsamen Erklärung beklagten Bischof *Karl Lehmann* und Präses *Manfred Koch*: „Wichtige Reformvorhaben wie die dringende Steuerreform sind an Gruppeninteressen und Verweigerungsstrategien gescheitert.“

Wenn jetzt nach und nach die Lobbys ihre Wahlkriterien oder auch, kaum kaschiert, direkte Wahlempfehlungen veröffentlichten, haben die Kirchen ihren „Wahlprüfstein“ schon geworfen. So prophezeit beispielsweise der Frankfurter Sozialethiker *Friedhelm Hengsbach* dem Kirchenwort im Wahlkampf eine Karriere zum „öffentlichen Prüfstein einer

Reformpolitik, die diesen Namen auch verdient“. Das könnte zwar die Bauchschmerzen derer zu Krämpfen steigern, die das Gemeinsame Wort ohnehin als eine dem genuinen kirchlichen Auftrag unangemessene, viel zu konkrete politische Einmischung verurteilen.

Aber schließlich haben die Kirchen darin die diesen Wahlkampf sicher beherrschenden Themen, die Massenarbeitslosigkeit sowie die künftige Gestaltung und Finanzierung des Sozialstaates, mit unmißverständlicher Entschiedenheit zu den ihren gemacht. Auch die Kirchenleitungen selbst scheinen nun das Papier offensiver noch als bei seiner Präsentation vor einem Jahr in die aktuelle politische Debatte einbringen zu wollen. Als „Meßlatte“ empfahl das Wort *Hermann Barth*, Vizepräsident des EKD-Kirchenamtes und letztverantwortlicher Redakteur beziehungsweise Autor des Sozialwortes auf evangelischer Seite.

Das Wirtschafts- und Sozialwort als Wahlprüfstein

Mit Hinweis auf das Wirtschafts- und Sozialwort wird von den Kirchen aber auch eine entschiedene Präsenz in der aktuellen politischen Debatte und damit zwangsläufig im Wahlkampfgeschehen gefordert. Solche Anfragen kommen zum einen von seiten der kirchlichen „Basis“, von Verbänden, Initiativen und Gruppen, die teilweise ihren Mitgliedern auch schon eigene Wahlprüfsteine ans Herz gelegt ha-

ben. So betonte der Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung bereits mehrfach: In der für die kommenden Monate zu erwartenden Auseinandersetzung um Auswege aus der Arbeitslosigkeit könnten die Kirchen nicht „auf beiden Seiten der Barrikaden kämpfen“.

Andere sehen es gerade als Aufgabe der Kirchen, auch die im Wahlkampf an den Rand gedrängten Themen auf der Tagesordnung zu halten: So sorgen sich etwa die kirchlichen Hilfswerke, die weltweite Verantwortung Deutschlands spiele kaum noch eine Rolle, die Wohlfahrtsverbände mahnen, die Armuts-Reichtums-Debatte fortzusetzen.

Aber auch aus den Reihen der Parteien oder der Tarifpartner sind die Kirchen für die anstehenden Debatten mit klaren Erwartungen konfrontiert. Diesbezüglich eindeutig war die Reaktion auf das Sozialwort aus Unionsparteien und Arbeitgeberlager: So wie sich die Kirchen für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit einsetzten, sollten sie sich auch für mehr Eigenverantwortung in Deutschland engagieren, und wer Umdenken fordere, müsse auch den „Besitzstandswahren“ die Leviten lesen. Umgekehrt freute man sich auf seiten der Gewerkschaften, das Wirtschafts- und Sozialwort zeige, wie viel Verbindendes es heute zwischen ihnen und den Kirchen gebe, das es künftig auszubauen gelte.

Eines hat die bisherige Rezeption des Sozialwortes den Kirchen in jedem Fall deutlich gezeigt: Man war sich einig im Respekt und der grundsätzlichen Zustimmung, daß sich die Kirchen überhaupt in dieser Situation und zu den aktuellen sozial- und wirtschaftspolitischen Problemen so ausführlich zu Wort gemeldet haben. Zumindest nach außen versicherten Kommentatoren aus allen Parteien, aber auch anderer gesellschaftlicher Organisationen und Gruppen, eine Verdrängung der Kirchen ganz ins Private nicht gutheißen zu wollen.

Besonders wo es im Wahlkampf nicht nur um den Wechsel, sondern auch um den notwendigen Wandel, nicht zuletzt auch den von Mentalitäten geht, wo um Werte, Einstellungen und Verantwortung gestritten wird, scheinen nach wie vor Urteil und Engagement der traditionellen Agenturen für Leitbilder und Orientierungsmuster gefragt. Das haben beispielsweise auch jüngste Gespräche zwischen den Parteispitzen von Union, SPD, aber auch Bündnis 90/Die Grünen und Vertretern der Bischofskonferenz, beziehungsweise des Präsidiums des Zentralkomitees der deutschen Katholiken bestätigt.

Kompetenz, moralisches Gewicht und Urteilskraft trauen alle Seiten den Kirchen besonders bei einem Thema zu, das in diesem Wahlkampf zwar eher subkutan, jedoch oft im Hintergrund des politischen Schlagabtausches steht: die Frage nach der *sozialen Gerechtigkeit*, deren politische Gewährleistung und Umsetzung. Die Kirchen könnten offensiver noch das Thema in den Vordergrund bringen. Gerade der Selbstverständlichkeit wegen, mit der man den Kirchen nach wie vor in dieser Frage eine besondere Zuständigkeit einräumt, müssen sie sich jedoch um Konkretion und Anschaulichkeit bemühen, wollen sie wirklich gehört werden. Die Forderung

nach mehr Gerechtigkeit wird mit unterschiedlicher Zielrichtung schließlich in allen Wahlprogrammen zu finden sein.

Auf seiten der Kirchen kann man sich angesichts mancher dieser Anfragen einmal mehr über die schon oft diagnostizierte widersprüchliche, fast paradoxe Erwartungshaltung wundern oder auch ärgern: Denn gleichzeitig wächst bei einem immer größer werdenden Teil unserer Gesellschaft nicht nur die Empfindlichkeit gegenüber allen Versuchen der Kirchen, auf das Geschehen in Gesellschaft und Politik einzuwirken; diese reicht bis zu direkter Ablehnung und Zurückweisung.

Dann aber wieder scheint die moralische Autorität der Kirchen ungebrochen und auch gefragt, besonders ihre Anwaltsfunktion für in irgendeiner Form Zukurzgekommene, zumal in einer medial vermittelten Öffentlichkeit. Die Unterstützung aus den Kirchen für die in den kommenden Wahlkampfmonaten wahrscheinlich noch forcierten *Protestaktionen der Arbeitslosen* ist allemal eine gesonderte Meldung wert. Und doppeltes Gewicht haben Urteile, Erklärungen und Kritiken, wenn sich evangelische und katholische Kirche zusammengetan haben.

Die kircheneigene Standortdebatte

Wie können oder sollen die Kirchen in den kommenden Monaten mit diesen spannungsreichen Erwartungen umgehen? In jede der ihnen hingehaltenen Rollen werden sie nicht schlüpfen wollen. In beiden Kirchen finden sich Vorsicht und Ängstlichkeit, es könne ihnen angetragen werden, was nicht ihre Aufgabe ist; in beiden lockt ebenso aber auch die Versuchung zur Flucht aus der sonst doch vorherrschenden Depression in den eigenen Reihen, der Trübsal angesichts allgemeinen Bedeutungsverlusts und schwindender Mitgliederzahlen.

Die Avancen eines wahlfiebrigen Deutschland treffen die Kirchen inmitten einer eigenen Standortdebatte. Gerade in den letzten beiden Jahren haben beide Kirchen versucht, den eigenen Standort in der Gesellschaft und gegenüber dem Staat zu klären, zu sichern und neu zu bestimmen, den spezifischen Auftrag, das kirchliche Engagement in der Öffentlichkeit neu zu begründen. Ein Ergebnis und weiterer Impuls zu dieser Diskussion war auf evangelischer Seite die im letzten Jahr veröffentlichte Erklärung „Christentum und politische Kultur“; auf katholischen Seite beschäftigte Bischofskonferenz und ZdK gleichermaßen die Frage nach den Chancen und Grenzen ihres öffentlichen Beitrages in einer immer pluralistischer werdenden Gesellschaft. Nicht zuletzt wurde den Kirchen diese Diskussion auch – Kruzifixstreit, LER, Kirchensteuer – von außen aufgezwungen.

Diese Stichworte verweisen aber auch darauf, daß die Kirchen keineswegs nur als Akteure am Wahlkampfgeschehen beteiligt sind. Auch wenn etwa die kirchenpolitischen Passagen im bisherigen Wahlprogramm parteiintern eine nebengeordnete Rolle zu spielen scheinen, so konfrontiert Bündnis 90/Die Grünen die Kirchen doch mit der Forderung nach einer weite-

ren Trennung von Kirche und Staat in Deutschland. Zumindest für einen eher konservativen Teil innerhalb der katholischen Kirche kommt damit nur ein weiterer Pinselstrich im Horrorgemälde „Rot-Grün“ hinzu. Allerdings hat es in früheren Bundestagswahlen immer wieder auch Stimmen innerhalb der FDP gegeben, die sich unter anderem mit markanten Sätzen gegen das bestehende Staat-Kirche-Verhältnis gegenüber dem „großen“ potentiellen Koalitionspartner zu profilieren versuchten, wenn auch ohne viel Erfolg.

Aus innerkirchlichem Blickwinkel ebenso wie von außen scheint für die Kirchen die größte Plausibilität und Selbstverständlichkeit in der Rolle der *Wächterin über die politische Kultur* in unserem Land zu liegen. Aktuell verstehen sie diese Aufgabe in der Verteidigung einer für die Bundesrepublik bislang charakteristischen politischen Konsenskultur. So unterstrichen die Vorsitzenden von Bischofskonferenz und Rat der EKD in der Erklärung zum Jahrestag der Veröffentlichung des Gemeinsamen Wortes: „Die Mahnung und Ermutigung zu einem Miteinander in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik bei der Bewältigung der anstehenden Schwierigkeiten ist heute noch dringlicher als vor einem Jahr.“

In der Wahrnehmung eben dieser Verantwortung für eine bestimmte politische Kultur hat jüngst, unmittelbar nach der Niedersachsenwahl, Bischof Lehmann in einem Rundfunkinterview vor einer schon absehbaren Dynamik im Bundestagswahlkampf gewarnt: Immer ärmlicher fielen die inhaltlichen Aussagen aus, während die Fotos immer größer würden. Zu wünschen wäre jedoch auch, daß sich die Kirchen ebenso engagiert, wie sie derzeit Lager- und Grabenkämpfe verurteilen, gegen Kampagnen wenden, die mit halben Wahrheiten und Unterstellungen auf billige Art und Weise – Stichwort ökologische Steuerreform – Ängste schüren.

Anderen Rollenerwartungen werden die Kirchen weit skeptischer gegenüberstehen. Gerade dort, wo ihnen derzeit, mit welcher Absichten auch immer, fast so etwas wie eine Alleinzuständigkeit für die Pflege der Werte in unserer Gesellschaft angetragen wird. Sich für diesen Bereich quasi delegieren zu lassen, ließe sich nicht nur nicht mit ihrem genuinen Anspruch und Auftrag vereinen. In der aktuellen Situation wäre diese Rolle auch kontraproduktiv gegenüber der von den Kirchen selbst vehement eingeforderten breiten öffentlichen Debatte über einen neuen tragfähigen Grundkonsens. Vehement haben die Kirchenleitungen aber auch zu Recht das sehr viel konkretere „Angebot“ zurückgewiesen: die Rolle des Moderators in einem neuen „Bündnis für Arbeit“. Sie taten dies im Wissen um die Grenzen ihrer eigenen Zuständigkeit und Kompetenz. Sie können sich aber auch nicht als Ausputzer mißbrauchen lassen, wo andere ohne Not und im Wissen um die Folgen aus wahltaktischen Überlegungen heraus den Karren an die Wand gefahren haben.

Vertreter von Parteien, Verbänden und Lobbys, auch aus den Gewerkschaften, werden in den kommenden Wahlkampfwochen gelegentlich auch versuchen, für das eine oder andere Anliegen Kirchenleitung, Institutionen und kirchliche Gruppen als Bündnispartner zu gewinnen. Der Wunsch,

mit dem den Kirchen zugestandenen moralischen Gewicht die eigene Position im Einsatz gegen die Arbeitslosigkeit, für mehr Steuergerechtigkeit oder das Asylbewerberleistungsgesetz zu stärken ist dabei weder verwunderlich noch verwerflich. Dennoch, gleich ob es sich dabei um etablierte Parteien oder Gruppen, Organisationen und Initiativen der im Gemeinsamen Wort der Kirchen mit großer Wertschätzung bedachten sozialen oder politischen Bewegungen handelt – besonders in der katholischen Kirche scheint die Angst vor (partei-)politischer Vereinnahmung groß.

Wenn sich jedoch die Kirchen als zivilgesellschaftliche Akteure unter anderen in die politische Arena begeben, müssen sie selbst auch Bündnisse suchen, Allianzen schmieden. Sie werden sich dabei gegen mitunter auch unerwünschte Partnerschaften sowie den viel zitierten „Applaus von der falschen Seite“ nicht versichern können.

Auch die immer wieder – besonders gegenüber einer als zu forsch empfundenen Partnersuche kirchlicher Gruppen, Verbände und Initiativen – eingeschränkte *Äquidistanz* zu den demokratischen Parteien läßt sich unterschiedlich interpretieren und gestalten. Man kann allen Parteien mit der gleichen um Neutralität bemühten Distanz, aber auch mit gleicher prinzipieller Offenheit, auch Kritikbereitschaft begegnen. Diese ermöglicht allererst, was sich beispielsweise in den nach langer Eiszeit aufgenommenen Gesprächen zwischen der Bischofskonferenz, dem Präsidium des ZdK und der Parteispitze von Bündnis 90/Die Grünen gezeigt hat: Im offenen Dialog lassen sich gemeinsame Anliegen und Interessen, aber auch die durchaus vorhandenen konträren Positionen und Gegensätze so benennen, daß sie auch für eine breite Öffentlichkeit transparent und einschätzbar werden.

Überdies verschafft eine solche Offenheit den Kirchen im schwierigen Verhältnis zu den Parteien auch Entlastung: Gestört können sie die Parteien auch ihrerseits offensiv das gewünschte Verhältnis zu kirchlichen Institutionen und Gruppen öffentlich klären lassen. Und hierbei können sich die Kirchen auch keine Illusionen machen. Das Gespräch mit den Parteien wird immer weniger von aktiven Kirchenmitgliedern in deren Reihen getragen sein. Sicherlich bestehen noch beträchtliche Unterschiede, tendenziell nimmt aber in allen Parteien unter Mitgliedern, Abgeordneten und Funktionären die Zahl derer zu, die den Kirchen höchstens freundlich distanzieren oder auch fremd gegenüberstehen.

Verwehren müssen sich die Kirchen jedoch jedem Ansinnen, das sie – gleich ob in der Rolle des Schiedsrichters oder des Schlichters – auf eine neutrale Position, auf die des unbeteiligten Beobachters festlegen möchte. Sie würde ihrer Sendung nicht gerecht, wenn sie nicht auch in diesem Wahlkampf in der „Option für die Armen“, in entschiedener Parteilichkeit für die aus welchen Gründen auch immer Benachteiligten, Schwachen und an den Rand Gedrängten die Anwaltschaft übernehmen würden. Diesen Auftrag gilt es gegenüber den verschiedenen Rollenerwartungen in den kommenden Monaten unmißverständlich herauszustellen.

Alexander Foitzik